

Beschlussprotokoll des ordentlichen Parteitages Samstag, 28. Juni 2014, 10.15 – 17.45 Uhr

Vorsitz: Christian Levrat

Protokoll: Anne-Lea Portmann, Hannah Locher

Anwesend: 500 Delegierte und 40 Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

1. Eröffnungsgeschäfte

Der Parteitag wird von **Nicolas Galladé**, Stadtrat SP Winterthur, eröffnet. Er begrüsst die Anwesenden, im Speziellen Bundesrat Alain Berset. Es folgen Grussworte von **Mattea Meyer** und **Christoph Baumann**, Co-Präsidium SP Winterthur. Geraldine Savary begrüsst Genossinnen und Genossen aus aller Welt.

Wahl der StimmenzählerInnen und StellvertreterInnen

Beschluss des ordentlichen Parteitags: Stimmenzählende werden wie runtergelesen einstimmig gewählt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Beschluss des ordentlichen Parteitags: Pascal Zwicky und Monika Bolliger werden einstimmig gewählt.

Wahl Präsident des Wahlbüros

Beschluss des ordentlichen Parteitags: Andreas Berz und Jacques Tissot werden einstimmig gewählt.

Tagesordnung/Tischvorlage

Die definitive Traktandenliste enthält folgende Änderungen/Hinweise:

Traktandum 10.4: R-2 Resolution SP Kanton Basel-Stadt „Alternativvorschlag zur Resolution der GL „Eine Gutschrift für jedes Kind“

R-4 Resolution Cédric Wermuth, NR AG „Den Klassenkampf von oben stoppen – jetzt!“

R-5 Resolution SP Genf „Für einen sozial gerechten interkantonalen Finanzausgleich“

Traktandum 11: R-6 Resolution SP AI „Für Freiheit und Sicherheit – NEIN zum Schnüffelstaat“

R-7 Resolution Geschäftsleitung „Kein Schnüffelstaat-Salat!“

R-10 Resolution SP Genf „Nein zum Kauf von Militärmaterial aus Ländern, die das Völkerrecht verletzen – Nein zum Kauf von Elbit Systems-Drohnen für die Schweizer Armee“

R-11 Resolution AG Parteiaussenpolitik „Den Druck zur Reform der Sozialistischen Internationale aufrechterhalten“

Beschluss des ordentlichen Parteitags: Die aktualisierte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf müssen vor dem Beginn des Traktandums eingereicht werden.

Wortmeldezettel

Wortmeldezettel müssen vor dem Podium geholt und können nur dort wieder abgegeben werden. Bis zum Ende der Rede von BR Berset können Reden gemeldet werden, nachher geschlossen.

2. Mitteilungen

Flavia Wasserfallen lädt ein Infostände zu besuchen. 14. Feb 2015 wird ein ausserordentlicher Wahlparteitag im Wallis stattfinden. Für Geschäftsprüfungskommission: provisorische Gruppe ist zusammengekommen: Werner Marty, Josiane Aubert und Fabio Pedrina, diese arbeiten als provisorische Gruppe in der GPK und erarbeiten das Reglement der GPK an der nächsten DV werden ihre Positionen und das Reglement zur Wahl vorliegen.

3. Protokoll ordentlicher Parteitag vom 8./9. Sept. 2012 in Lugano

Beschluss des ordentlichen Parteitags: Das Protokoll wird mit bestem Dank an die Verfasserinnen Ladina Triaca mit 2 Enthaltungen genehmigt.

4. Genehmigung Geschäftsbericht SP Schweiz 2012/2013

Beschluss des ordentlichen Parteitags: Der Geschäftsbericht SP Schweiz 2012/2013 wurde genehmigt.

Die Rede von Parteipräsident Christian Levrat kann auf der Website der SP Schweiz (www.spschweiz.ch) heruntergeladen werden.

5. Rede Bundesrat Alain Berset

Die Rede von Bundesrat Alain Berset kann auf der Website der SP Schweiz (www.spschweiz.ch) heruntergeladen werden.

6. Gesamterneuerungswahlen

a. Ersatzwahl Präsidium

Andy Tschümperlin empfiehlt Christian sowie alle Kandidierenden für das Vize-Präsidium zur Wiederwahl.

Präsidium

Zur Wiederwahl stellt sich:

Christian Levrat, Ständerat FR

Christian Levrat wurde einstimmig als Parteipräsident wiedergewählt.

Er bedankt sich und äussert seinen Stolz über die SP, die als tragende Partei zur Geschichte unseres Landes beigetragen hat. Wir gehen zur Wiederwahl in 2015 als Zwerge auf den Schultern von Giganten/Riesen.

Vize-Präsidium

Zur Wiederwahl stellen sich:

Marina Carobbio, Nationalrätin TI

Barbara Gysi, Nationalrätin SG

Jacqueline Fehr, Nationalrätin ZH

David Roth, Präsident Juso LU

Géraldine Savaray, Ständerätin VD

Die Kandidierenden sind einstimmig gewählt.

b. Vom Parteitag gewählte Mitglieder in die Geschäftsleitung

Zur Wiederwahl stellen sich:

Mario Carera, Bern

Vera Ziswiler, Zürich

Mit 3 Enthaltungen werden Mario Carera und Vera Ziswiler wieder in die Geschäftsleitung gewählt.

Zurückgetreten ist:

Lathan Suntharalingam, Luzern

Folgende Kandidaturen sind eingegangen:

Françoise Bassand, Zürich

Filippo Rivola, Lausanne

Françoise Bassand stellt sich vor. Ihre Schwerpunkte liegen in der Bildungspolitik und sie ist im Vorsitz bei SP MigrantInnen in Zürich.

Filippo Rivola stellt sich vor und referiert zur Vielfältigkeit der Schweiz.

Andrew Kathumba spricht für die Kandidatur von Françoise Bassand. Neben ihren Qualifikationen für dieses Amt stellt er das Argument in den Vordergrund, dass in der Geschäftsleitung noch keine Vertreterin der Migrantinnen und Migranten Einsitz hat.

Kristina Schüpbach spricht für die Kandidatur von Filippo Rivola. Filippo wisse was er wolle und setze sich mit viel Herzblut für das Erreichen dieser Anliegen ein. Er spricht fließend drei Landessprachen und kennt als ehemaliger Gemeinderat auch die kommunale Politik. Er habe die JUSO in der Romandie fast von Null zu einer wahrnehmbaren politischen Kraft aufgebaut. Diese Fähigkeiten soll er auch in die Geschäftsleitung einbringen.

Der Parteitag wählt Filippo Rivola als neues Mitglied in die Geschäftsleitung.

7. Parolenfassung zu den Eidgenössischen Abstimmungen vom 28. Sept. 2014

a. Volksinitiative „Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!“

Beat Jans bittet diese Initiative abzulehnen. Sie lässt sich nicht in einer sozialen Art und Weise umsetzen. Sie will die MwSt im Gastgewerbe senken, und der Lebensmittelsteuer (die 2% beträgt) gleichsetzen. Man würde durch die Initiative grosses Minus machen und bei z. B AHV sparen müsste. Der Vorschlag ist auch, die Lebensmittelsteuer anzuheben, um der MwSt im Gastgewerbe entgegen zu kommen. Die Gastro-Initiative ist für die SP nicht annehmbar, wir müssen sie bekämpfen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Dem Parteitag wird die Volksinitiative „Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!“ zur Ablehnung empfohlen.

Beschluss des Parteitags: Mit einer 1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen wurde die Nein-Parole beschlossen.

b. Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“

Heidi Hanselmann: Die Rednerin fasst mit ihrer Präsentation die Probleme des heutigen Krankenversicherungssystems zusammen. Sie nennt unter anderem die Risikoselektion als Problem. Trotz herrschendem Verbot ist sie an der Tagesordnung. Die über 60 Kassen machen Jagd auf junge und gesunde Menschen, sogenannte gute Risiken. Als zweiten Punkt nennt sie die Werbung und die lästigen Telefonanrufe der Krankenkassen. Hierzu spielt sie ein Audio-Beispiel aus einer

Espresso-Sendung des Schweizer Radios ab. Die Kampagnen verschlingen viel Geld. Dazu kommen die Wechselkosten von rund 100 Millionen pro Jahr. Ausserdem zeigt sie auf, dass der Prämienanstieg grösser ist als die Steigerung der Gesundheitskosten im gleichen Zeitraum. Die Schere öffnet sich folglich immer weiter. Diagnose: Ein ungesunder Prämienanstieg. Die Prämienunterschiede (zwischen und innerhalb der Kantone) sind enorm. Für die gleiche Leistung, die im Leistungskatalog des KVG festgelegt sind, werden je nach Alter, Geschlecht oder Kanton unglaubliche 300'000 verschiedene Prämien verrechnet. Anschliessend fasst Heidi Hanselmann noch kurz zusammen, was die Initiative für eine öffentliche Krankenkasse will. Eine öffentlich-rechtliche Kasse tritt an die Stelle der heute über 60 Kassen. Es gibt kantonale Agenturen und kantonale Prämien. Das Motto: Innovation statt Risikoselektion.

Thomas Kroner: Er vertritt hier das Ärztekomitee für eine öffentliche Krankenkasse. Die FMH hat Stimmfreigabe beschlossen. Andere, zum Beispiel die Ärztesgesellschaft Genf, stehen vehement für die Initiative ein. Er erklärt die Kostenübernahme im off-label-use. Zuerst muss der behandelnde Arzt ein Gesuch um die Kostenübernahme eines nicht zugelassenen Medikaments stellen. Der Vertrauensarzt gibt eine Empfehlung ab, die Versicherung ist jedoch nicht daran gebunden. Eine von ihm gezeigte Grafik zeigt, dass die Bewilligungspraxis von Kasse zu Kasse sehr stark variiert. Umfragen zeigen, dass die Entscheide oft als willkürlich empfunden werden. Bei einer öffentlichen Kasse wäre diese intransparente und willkürliche Praxis nicht mehr möglich. Er wünscht sich eine engagiert geführte Kampagne. An der Unterstützung des Ärztekomitees soll es nicht mangeln.

Jacqueline Fehr: Mit Hilfe einer Grafik zeigt die Rednerin auf, dass die Gesundheitsausgaben nicht mit den Kosten übereinstimmen. Wir fordern Prämien, welche die Kosten decken, nicht aber für Marketing und Werbung gebraucht werden. Auch kommt die Rednerin zurück auf das Problem der Risikoselektion. Die Kassen lehnen „schlechte Risiken“ ab und erfüllen somit nicht ihre Aufgabe. Das heutige System ist ungerecht und intransparent. Wir brauchen einen Systemwechsel, damit die Behandlungsqualität in den Vordergrund gerückt wird.

Stefan Montangero: Schon seit 4 Monaten sind viele Mitglieder der SP auf der Strasse für die Initiative und man kann in Bezug auf Rückmeldungen aus der Bevölkerung sagen, dass sie sehr aufgebracht sind. Die Bevölkerung will ein transparentes System, bei dem man weiss, wofür man die Prämien zahlt. Sie hat genug von den privaten Versicherungen.

Liselotte Lischer spricht im Namen des Vorstandes der SP60+. Alte sind von der heutigen Situation besonders betroffen. Sie gelten als schlechte Risiken und verursachen für die Kassen Kosten. Laut Gesetz müssten die Krankenkassen alle Leute nehmen, aber sie haben ganz viele Tricks, um das zu umgehen. Zusammen mit den chronisch Kranken sind die Alten die unbeliebteste Gruppe für die heute 60 Kassen.

Roland Beerli: Schlägt vor, lokale Abstimmungskomitees mit Gesundheitsfachpersonen zu gründen. Er verweist auf die verteilten Formulare hin, die von allen Anwesenden ausgefüllt werden sollen. Fordert zum Engagement auf.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Dem Parteitag wird die Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“ zur Annahme empfohlen.

Beschluss des ordentlichen Parteitags: Die Volksinitiative wird vom Parteitag einstimmig angenommen.

8. Rede Bundesrätin Simonetta Sommaruga

9. Schwerpunkt: Steuergerechtigkeit

10.1 Gastrede Prof. Ueli Mäder, Ordinarius für Soziologie an der Universität Basel, Professor an der Hochschule für Soziale Arbeit (FHNW)

Ueli Mäder referiert zur Steuergerechtigkeit. Er erläutert drei verschiedene Aspekte: Soziale Ungleichheit, Folgen und Ursachen, Perspektiven.

Soziale Ungerechtigkeit: Schweiz ist ein extrem reiches Land. Das Vermögen ist extrem ungleich verteilt. Credit Suisse Statistik zeigt, dass in der Schweiz 1% der Steuerpflichtigen verfügt über gleich viel versteuerbares Vermögen wie der ganze Rest zusammen. Die Schweiz fällt bei den verfügbaren Einkommen sehr stark zurück. Die meisten Länder weisen einen höheren Ausgleich durch Steuern, Abgaben und Sozialtransfers. Die 400'000 reichsten Leute in der Schweiz haben in den letzten Jahren zudem noch stark zugelegt. Eine Zunahme der Steuergerechtigkeit nimmt also stetig zu.

Ursachen und Folgen: Die durchschnittliche Bevölkerung hat bis zum Jahr 1972 eine stetige Verbesserung des Lebensstandards. Die Einkommen aus dem Vermögen in der Schweiz hat zugenommen. Aber: politischer Grund. Bis Ende der 80er Jahre war das politische Verständnis: Arbeit muss etwas wert sein und dem Nationalen Kapital helfen. Heute ist jedoch marktwirtschaftlich gesehen das Geld 3mal so viel Wert wie die Arbeit. Auch bei den Löhnen (im Sinne der zunehmenden Akzeptanz gegenüber sozialer Ungerechtigkeit) ist diese Bewegung sehr prägnant. Die Summe der Betroffenen working poor hat sich in den letzten Jahren verdoppelt. Die Zahl geht gegen eine Million. Je tiefer die Einkommen sind, desto höher ist das gesundheitliche Risiko. (Depressionen, Burn out). Das System der sozialen Versicherungen ist gut, erreicht aber nicht alle Betroffenen. Seit 2004 steigt der BIP stetig. Die Sozialleistungsquote sinkt jedoch. Also: Obwohl die Schweiz immer reicher wird, sinkt jedoch die Bereitschaft die sozialen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Einnahmen sind permanent höher als die Ausgaben. (Differenz ist fast 20 Mia pro Jahr).

Perspektiven: Eine Reform des Steuersystems ist notwendig. Den Leistungsbezug zu machen ist sinnvoll und hier angebracht. Jedoch dürfen wir nicht nur nach Leistung argumentieren. Auch grösstmögliche Vereinfachung macht Sinn. Gleichbehandlung ist nicht gleich Gleichbehandlung. Es sind weitere Debatten nötig. Er wünscht der SP viel Mut und Wut. Wenn wir die Menschen im ... erreichen wollen müssen wir die Frage stellen: Was ist wichtig für den Menschen? Immer schneller drehende Entwicklung? Nein.

10.2 Debatte

a) Präsentation Steuerpapier

Barbara Gysi: präsentiert das Steuerpapier. Das Steuersystem ist krank und hat Löcher, die ausgenutzt werden. Der Neoliberalismus höhlt unseren Staat aus. Eine Verteilungsgerechtigkeit ist möglich. Wir fordern deshalb ein einfaches und transparentes Steuersystem. Nicht die Arbeit einfacher Menschen soll versteuert werden. Aber: Wir brauchen auch ein internationale Regelung. Es herrscht eine ungleiche Vermögensverteilung in der Schweiz und die Reich-Armutsschwere öffnet sich immer weiter. Tarife steigen und Bildungsangebote werden gestrichen. Wir brauchen staatliche

Einnahmen um dem entgegenzuwirken. Die neoliberale Steuerpolitik muss korrigiert werden, denn sie schadet der Wirtschaft und den BürgerInnen. Die SP fordert, dass die Unternehmungssteuer abgeschafft wird. Die Steuerpolitik nachhaltig zu beeinflussen ist von nun an eine Daueraufgabe. In nächster Zeit werden wir über viele Steuervorlagen abstimmen. Die SP möchte eine faire Steuerpolitik im Sinne aller. Unsere Steuerpolitischen Grundsätze basieren darauf, dass es keine Privilegien und weniger Abzüge gibt. Die SP möchte eine Individualbesteuerung einführen ohne Rücksicht auf den Zivilstand. Die Progression als Mittel für mehr Gerechtigkeit muss ausgebaut werden und der Steuerwettbewerb soll durchbrochen werden. Internationale Steuerflucht soll unterdrückt werden. Dies ist das Ende des Bankgeheimnisses: Der automatische Datenaustausch muss weiter gefördert werden und die Pauschalbesteuerung soll abgeschafft werden, denn sie stellt den Verstoss gegen unsere Verfassung dar. Die Erbschaftssteuer soll national geregelt werden, Vermögensumverteilung und Unterstützung der AHV werden dadurch unterstützt. Für die Zukunft braucht es eine ökologische Steuerreform, damit auch der Energieverbrauch gesenkt werden kann.

b) Eintretensdebatte

Susanne Leutenegger Oberholzer: Die Rednerin dankt für das Papier und die exzellente Auslegeordnung. Ein besonderer Dank gebührt Stefan Hostettler. Die Rednerin fordert eine sprachliche Anpassung. Dies ist nicht „das Ende des Bankgeheimnisses“ sondern „das Ende des Steuerhinterziehungsgeheimnisses. Dieses Geheimnis ist am Ende. Wir müssen der Steuerhinterziehung den Kampf ansagen, nicht aber dem Informativen Selbstbestimmungsrecht.

Rolf Zimmermann: lobt im Namen der SP 60+ dieses Papier. Hat aber ein paar redaktionelle Anregung: Bei den Forderungen habe es zu viel „es braucht“. Für die Formulierung sollte ein kämpferischerer Ton angeschlagen werden mit Formulierungen wie „wir wollen“ „wir fordern“. Es braucht zudem ein Umsetzungskonzept und eine populär Fassung falls wir damit Wahlkampf betreiben wollen. Hier ist es wichtig, dass man sich nicht verzettelt sondern die wichtigste/wesentlichen Punkte stark herausheben. Steuerreform soll vorangetrieben werden und sie soll auch all das korrigiert was uns bei der letzten Unternehmenssteuerreform aufgebunden wurde. Der Wettlauf um Steuersatz der Kantone muss aufhören, da muss die SP sich kämpferisch dafür einsetzen. Der Vermögenssteuerantrag der Juso geht im Bezug auf Steuerharmonisierung in die richtige Richtung. Man darf den Kantonen nicht das Feld überlassen, sondern die Vermögenssteuer muss auf nationaler Ebene gefordert werden. Die Energiesteuer ist dem Redner zu unverbindlich und es sollte eine Rückverteilung im Vordergrund stehen. Die Abzugsmöglichkeit soll kritisiert werden (vor allem die ungerechten Kinderabzüge). Es wird jedoch schwierig, das mit einer Initiative zu schaffen – hier ist der parlamentarische Weg genauso wichtig. Die Erbschaftssteuerinitiative ist sehr wichtig und es sollen viele Ressourcen darin investiert werden. Vor allem die ältere Generation profitiert von Erbschaften und daher müssen sie endlich besteuert werden. Der Bundesrat hat dies im Übrigen versprochen. Der Redner bittet um eine entsprechende Kampagne.

c) Kapitel 1-3

A-1 Günter Baigger, SP Luzern, Kapitel 2, Abschnitt II

Antrag: Ergänzung

Günter Baigger: Die Steuerbelastung wird oft auf die kleinen abgewälzt, aber dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn das Volk Steuererhöhungen ablehnt. Es ist eine wichtige Anregung, weil diese nicht von einem SP Politiker kommen, sondern von den Bürgern selber.

Barbara Gysi: Sieht dies als eine wichtige Ergänzung. Die GL möchte diesen, etwas abgeändert, gekürzt und sprachlich angepasst übernehmen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme.

„Das geltende Steuerrecht greift bei den hohen Einkommen und Vermögen nur bedingt: Das zeigt sich in vielen Gemeinden dadurch, dass nur sehr wenige Einwohner ein hohes Einkommen versteuern. Beispielsweise versteuern in Kriens nur 353 Haushalte (bei über 26'000 Einwohnern) ein Einkommen von über 100'000 Franken. Erklären lässt sich die Situation nur durch eine wachsende Zahl von Steuerschlupflöchern und einer offensichtlich erodierenden Steuerehrlichkeit.“

Begründung: Der Antragstext wird etwas gekürzt und sprachlich in den Text des Positionspapiers eingebettet.

Beschluss des Parteitags: Der Antrag wird modifiziert angenommen.

A-2 PS vaudois, Kapitel 3b

Antrag: Ergänzung

Keine Stellungnahmen zum Antrag.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der Parteitags: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

A-3 PS vaudoise, Kapitel 3d

Antrag: Ergänzung

Keine Stellungnahme zum Antrag.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

A-4 SP Kanton Zürich, Kapitel 3f

Antrag: Ergänzung

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Angenommen.

A-5 JUSO Schweiz, Kapitel 3g

Antrag: Ergänzung

Muriel Jerger: Die SP Schweiz verpflichtet sich gegen Abzüge, die nur reiche zu bekämpfen haben. Auch die Vermögenssteuer wird nur eine kleine Elite treffen und ist positiv für Mehrheit. Durch eine progressive Besteuerung gibt es eine Möglichkeit diese Ungerechtigkeiten zu bereinigen. Für mehr Steuergerechtigkeit soll der Antrag akzeptiert werden.

Anna Graff: Kritisiert die SP Schweiz, Die Antwort der SP auf die Fehlentwicklung in den Kassen darf nicht bei der Steuererhöhung für die Elite zurückstecken. Die SP soll eine einheitliche nationale Vermögenssteuer fordern. Die Forderung nach einer Vermögenssteuer steht in keinerlei Widerspruch zur gleichzeitigen Forderung nach einer nationalen Erbschaftssteuer sondern ist im Gegenteil eine Erweiterung dieses Anliegens und nichts als Konsequent.

Jacqueline Badran: Tritt gegen die Juso an. Die Verteilungsfrage ist ein Schlüsselproblem in der Schweiz und auf der ganzen Welt. Jedoch ist es jetzt nicht der Zeitpunkt. Denn wenn wir neben Erbschaftssteuer jetzt noch eine nationale Vermögenssteuer fordern, scheinen wir unglaublich. Sie möchte nicht in den Abstimmungskampf für die Erbschaftssteuer mit der Voraussetzung kämpfen, dass es auch noch eine Vermögenssteuer gibt.

Barbara Gysi: Erklärt warum die Geschäftsleitung den Antrag ablehnt. Es liegt nicht an fehlendem Mut, weshalb die GL der SP Schweiz diesen Antrag ablehnt. Im Papier werden die nationale Baustellen aufgezeigt und die Forderungen dazu erläutert. Die nationale Vermögenssteuer wird jedoch klar abgelehnt weil in den Kantonen derzeit viel läuft zum Thema Vermögenssteuer. Man sollte diese Arbeit auch weiterhin den Kantonalparteien überlassen. Die Erbschaftssteuer hat jetzt Priorität und diese wollen wir gewinnen. Um die ganze Konzentration in die Erbschaftssteuerinitiative zu stecken sollte der Antrag der Juso abgelehnt werden.

a) Kapitel 4, einzeln a-h**A-6 JUSO Schweiz, Kapitel 4 a-h**

Antrag: Ergänzung /Änderung

NEU: 4. die ~~acht~~ zentralen Baustellen der Steuerpolitik (*neu*: „neun“)

Anträge A-5 und A-6

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Das Positionspapier konzentriert sich weitgehend auf die Steuerpolitik des Bundes und darum werden wichtige Kantonalsteuern wie die kantonale Grundstückgewinnsteuer oder die kantonale Vermögenssteuern nicht weiter ausgeführt, auch weil die konkrete Situation in den jeweiligen Kantonen ganz unterschiedlich ist.

Das Ziel des Positionspapiers ist es nicht, einen umfassenden Überblick über alle Steuerarten in der Schweiz zu liefern, sondern vielmehr die sozialdemokratischen Grundsätze und die wichtigsten Baustellen aufzuführen. Auf Bundesebene steht bezüglich der Besteuerung von exzessiven Vermögen die Initiative für eine nationale Erbschaftsteuer im Zentrum. Gerade auch weil das Vorhaben von bürgerlicher Seite mit Verweis auf die bereits existierenden kantonalen Vermögensteuern bekämpft wird, ist eine parallele Forderung nach einer nationalen

Erbschaftssteuer und einer zusätzlichen Besteuerung von Vermögen nicht opportun. Es ist an den einzelnen Kantonalparteien zu entscheiden, ob in ihrem Kanton eine Forderung nach höheren Vermögenssteuern der richtige Weg für mehr Steuergerechtigkeit ist.

Beschluss des Parteitags: Die Anträge der Juso werden mit einer Mehrheit abgelehnt.

A-7 SP Kanton Zürich, Kapitel 4a

Antrag : Ergänzung

Andreas Burger: Das bisherige Regime mit unterschiedlicher Besteuerung von Unternehmensgewinnen im In- und Ausland ist ein unfaires Konzept, das die Schweiz bisher unterstützt. Die SP versucht dies zu bekämpfen. Nun kommt von bürgerlicher Seite her ein neues unfaires System die Lizenzbox. Wir wollen aber keine neue unfaire Lösung, also keine Lizenzbox. Der Gegenantrag der GL lässt durchscheinen, dass sie doch nicht so abgeneigt gegen die Lizenzbox ist, deshalb soll der 1. Antrag angenommen werden und nicht der Antrag von der GL.

Susanne Leutenegger Oberholzer: Die Rahmenbedingungen der Unternehmenssteuerreform müssen klar definiert werden. Da sind wir uns einig. Offene Fragen: Was passiert mit diesen Lizenzboxen? Diese Lizenzboxen gehören nicht zu den schlimmsten Vorschlägen der Bürgerliche. In der EU gibt es bereits sochel Innovationsboxen. Für die Rednerin ist es wichtig, dass solange nicht klar ist, was in der EU passiert, sollten die Lizenzbox nicht aus der Steuerreform herausgenommen werden. Susanne Leutenegger Oberholzer bittet den Antrag abzulehnen. Er sei viel zu einengend und lässt keinen Spielraum mehr für die Steuerreform.

Benoît Gaillard: Unterstützt den Antrag der SP Zürich. Die SP Politik soll sich nicht nach den OECD Regelungen richten.

Brigitte Hollinger: Empfiehlt den modifizierten Antrag zur Annahme im Namen der SP Basel-Stadt. Die Stossrichtung das keine neuen Steuerkonstrukte geschaffen werden, begrüsst die SP Basel-Stadt. Die Schweiz muss von ihrem schlechten Image wegkommen. Steuerflucht ist unbedingt abzulehnen und nicht tolerierbar. Wir wollen keine Briefkastenfirmen in der Schweiz. Die OECD toleriert zur Zeit Lizenzboxen, prüft diese jedoch zur Zeit auch für eine Überarbeitung. Man kann aber davon ausgehen, dass die Lizenzboxen von der OECD nicht abgeschafft werden. Es soll klar ausgelegt werden, wie sie ausgestaltet werden dürfen und da kann sich die Schweiz an der Diskussion beteiligen. Es ist deshalb vernünftig, die Lizenzboxen zu haben. Die Rednerin bittet die Anwesenden den modifizierten Antrag der GL zu unterstützen.

Cédric Wermuth: Verdankt das Papier und erklärt, was eine Lizenzbox ist. Erinnert an die Unternehmenssteuerreform 1 und 2. Dort gab es eine kleine Änderung, die jetzt dazu führt, dass 60 % nicht mehr unter Unternehmenssteuerreform fallen. Nur weil Europa etwas Falsches akzeptiert, müssen wir ihr das noch lange nicht gleich tun. Die SP soll sich gegen erneute kleine Ausnahmen und Ausklammerungen für Unternehmen stark machen. Der Redner empfiehlt den Antrag von der SP Zürich zur Annahme.

Beat Jans: Die Konstrukte sollen internationalen Standards folgen. Was heute in der OECD läuft ist sehr begrüßenswert. Die Frage, wie die Unternehmen ihre Vermögen an dem Fiskus vorbeischieben muss auf internationaler Ebene diskutiert werden. Diese Lizenzboxen sind nicht ungerecht, wenn man sie richtig ausformuliert. Das Ziel, das die SP verfolgt, wird im Antrag der GL ausformuliert und unterstützt.

Marina Carrobi: Neue Sonderbestimmungen sollen abgeschafft werden. ES soll keine Verluste mehr geben für Steuereinkünfte. Sie empfiehlt im Namen der GL den modifizierten Antrag anzunehmen.

Empfehlung der GL: Modifizierte Annahme

Keine neuen Steueroptimierungskonstrukte, welche erstens international umstritten sind und zweitens auch zu grossen steuerlichen Ausfällen führen. Die Schweiz soll sich um ein Steuersystem bemühen, dass internationalen Standards entspricht.

Begründung: Die Befürchtung, dass die Schweiz wieder versuchen könnte, sich mit neuen Sonderregelungen wie Lizenzboxen in den steuerpolitischen Graubereich zu bewegen, ist aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit nicht unberechtigt. Angesichts der Entwicklungen in der OECD und der Überprüfung der Lizenzboxen in der EU, dürfte aber sicher gestellt sein, dass sich die Schweiz dieser Entwicklung weg von solchen Sonderregimes nicht entziehen kann. Zudem soll nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden, dass eine eng definierte Lizenzbox, die europäisch und international akzeptiert ist, zumindest als Übergangslösung auch in der Schweiz zur Anwendung kommen könnte.

Beschluss des Parteitags: Mit 160 zu 150 Stimmen wird der modifizierte Antrag angenommen.

A-8 Tessa Nerini und Annina Aeberli, SP Basel-Stadt, Sektion Spalen, Kapitel 4b

Antrag: Ergänzung

Annina Aeberli: Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung soll aufgehoben werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Einstimmig angenommen

A-9 Tessa Nerini und Annina Aeberli, SP Basel-Stadt, Sektion Spalen, Kapitel 4b

Antrag: Eine Ergänzung zum Engagement gegen Steueroasen international:

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: angenommen

A-10 Günter Baigger, SP Luzern, Kapitel 4c

Antrag: Ergänzung

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Angenommen

A-11 PS Vaudois, Kapitel 4c

Antrag: Ergänzung

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Angenommen.

A-12 Martine Docourt, PS Neuchâtel, Kapitel 4h

Antrag : Änderung und Ergänzung

Matine Doucourt: Bei der Übersetzung wurden Teile weggelassen. Der Antrag wird zurückgezogen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme (gekürzt)

Forderungsabschnitt lautet wie folgt:

„Die SP verlangt:

- Grundsätzlich sollen die effektiven externen Kosten in den Preis der Energie integriert werden.
- Dazu ist im Rahmen der Energiewende die Energieabgabe auf Brennstoffen zu erhöhen, um damit die Lenkungswirkung zu verstärken und einer Reduktion der CO₂-Emissionen zu bewirken.
- Zudem soll eine Abgabe auf Treibstoffe und nicht erneuerbare Elektrizität („Dreckstromabgabe“) eingeführt werden.
- Die Höhe der Abgabe soll sich an den externen Kosten orientieren. Die Erträge sollen zum Teil die Fördersysteme finanzieren, welche die Umsetzung der Wende sicherstellen sollen. Der Rest soll rückerstattet der Bevölkerung und der Wirtschaft werden.
- In der zweiten Etappe der Energiestrategie 2050 sollen diese Lenkungsabgaben das Fördersystem schrittweise entlasten.
- Zentral für die Akzeptanz des Lenkungssystems ist die Ausgestaltung der Rückerstattung. Diese soll einen starken sozialen Effekt haben, um den degressiven Charakter der Lenkungsabgaben zu kompensieren.
- Die Abzugsfähigkeit der ökologischen Aufwendung vom steuerlichen Abkommen soll abgeschafft werden, da sie ein schlechtes Preis-Leistungsverhältnis haben, die Staatskasse belasten und letztlich davon Haushalte mit hohem Einkommen stärker profitieren, welche jedoch ihre Gebäude auch ohne Hilfe sanieren können.“

Begründung: Insbesondere die Ergänzungen zur sozialen Ausgestaltung der Lenkungsabgabe und Streichung der ökologischen Steuerabzüge werden übernommen. Im Sinne einer gewissen Systematik wird aber versucht, das Kapital h. zur ökologischen Steuerreform trotz der Ergänzungen nicht überdurchschnittlich lang (im Vergleich zu den übrigen Steuerbereichen) zu verfassen.

Beschluss des Parteitags: Klare Annahme

b) Schlussabstimmung

Das gereinigte und angepasste Steuerpapier wird einstimmig angenommen.

10.3 Gastrede Surprise

Helmut Hubacher hält eine Rede zum Bankgeheimnis. Den bürgerlichen Reihen fällt es schwer, davon Abschied zu nehmen. Es stellt klar, dass das Bankgeheimnis immer missbraucht wurde und dieser Missbrauch immer in weiten Kreisen bekannt war (auch bei den rechten Parteien). Ein grosser Teil des Schweizer Reichtums kommt vom Schwarzgeld, das durch diese kriminelle Politik gewonnen wurde. Die SP hat nie bei dieser Politik mitgemacht. Sie hat immer schon sich gegen das Bankgeheimnis engagiert. Die Bankeninitiative von 1984 ist eine der erfolgreichsten Niederlagen unserer Partei.

10.4 Alle Resolutionen zum Thema „Steuergerechtigkeit“

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme.

„Das geltende Steuerrecht greift bei den hohen Einkommen und Vermögen nur bedingt: Das zeigt sich in vielen Gemeinden dadurch, dass nur sehr wenige Einwohner ein hohes Einkommen versteuern. Beispielsweise versteuern in Kriens nur 353 Haushalte (bei über 26'000 Einwohnern) ein Einkommen von über 100'000 Franken. Erklären lässt sich die Situation nur durch eine wachsende Zahl von Steuerschlupflöchern und einer offensichtlich erodierenden Steuerehrlichkeit.“

Begründung: Der Antragstext wird etwas gekürzt und sprachlich in den Text des Positionspapiers eingebettet.

Beschluss Parteitag: Einstimmig angenommen

R-1 Resolution Geschäftsleitung „Eine Gutschrift für jedes Kind“

Beat Jans spricht zur Resolution. Es geht um die Frage, wie Familien steuerlich und wirtschaftlich am besten entlastet werden sollen. Steuergutschriften sind das falsche Mittel, weil die Falschen davon profitieren. Diese Position ist auch kommunizierbar, das hat das Nein zur Familien-Initiative der SVP gezeigt. Er ruft dazu auf, die Resolution der SP Basel-Stadt abzulehnen.

Tim Cuénod spricht für die Resolution seiner SP Basel-Stadt. Er blickt kurz auf den Auswahlprozess des Initiativprojekts zurück. Seine Sektion will nicht nur motzen, sondern einen konstruktiven Vorschlag machen. Das vorliegende Projekt ist zu sehr von einer Parlamentslogik geprägt. Während der Unterschriftensammlung muss man den Leuten erklären können, um was das es geht. Wir müssen das System der Kinder- und Ausbildungszulagen ausbauen. Er ruft die Delegierten auf, für das Initiativprojekt zu stimmen.

David Roth vertritt die Position der Geschäftsleitung. Er stellt fest, dass die Initiative der SP Basel-Stadt die falschen Fragen stellt.

Empfehlung der Geschäftsleitung:

Beschluss des ordentlichen Parteitags: Die Resolution wird deutlich angenommen.

R-2 Resolution SP Kanton Basel-Stadt „Alternativvorschlag zur Resolution der GL „Eine Gutschrift für jedes Kind“

Diskussion

Empfehlung der Geschäftsleitung:

Beschluss des ordentlichen Parteitags: Die Resolution wird deutlich abgelehnt.

R-3 Resolution Susanne Leutenegger Oberholzer, NR BL „Weg mit Privilegien für reiche Ausländerinnen – Ja zur Initiative gegen die Pauschalsteuer“

Susanne Leutenegger Oberholzer: Tritt gegen die Pauschalbesteuerung an weil sie die Rechtsgleichheit verletzt. seit 2009 haben mehrere Kantone die Pauschalbesteuerung abgeschafft. Sie ist überzeugt, dass wir diese Abstimmung gewinnen können und erwartet grosse Motivation und dass der Abstimmungskampf jetzt beginnt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des ordentlichen Parteitags: Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

R-4 Resolution Cédric Wermuth, NR AG „Den Klassenkampf von oben stoppen – jetzt!“

Diskussion: wurde bereits durch die modifizierte Annahme im Steuerpapier angenommen und die Resolution ist somit bereinigt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Angenommen.

Beschluss des ordentlichen Parteitags: Angenommen

R-5 Resolution SP Genf „Für einen sozial gerechten interkantonalen Finanzausgleich“**Ordnungsantrag**

Amanda Gavilanes: Es gibt 2 Resolutionen zum Thema. Deshalb bittet sie, die Rednerliste für diese Diskussion neu festlegen zu können.

Flavia Wasserfallen: Die GL empfiehlt, diesen Ordnungsantrag abzulehnen und stimmt für eine fortführende Debatte.

Der Ordnungsantrag wurde mit grosser Mehrheit angelehnt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des ordentlichen Parteitags: mit einer Gegenstimme angenommen.

11. Behandlung von weiteren Anträgen und Resolutionen**R-6 Resolution SP AI „Für Freiheit und Sicherheit – Nein zum Schnüffelstaat“****Diskussion**

Marc Hoerler: Es ist ein Trugschluss, dass mehr Überwachung zu mehr Sicherheit führt. Die Büpf Revision ist sehr problematisch. Die Debatte über die Überwachung muss jetzt geführt werden. Wir müssen diese Einengung stoppen und der Redner fordert deshalb eine Annahme dieses Antrages.

Olivier Gurtener: Die privaten Sphären müssen geschützt werden, jedoch ist diese Revolution keine Antwort darauf. Die Überwachung des Mailverkehrs betrifft nur die grossen Kriminellen. Die Resolution macht nicht viel Sinn und wird deshalb zu Ablehnung empfohlen.

Susanne Leutenegger Oberholzer: Sie habe sich geärgert über den Begriff „Schnüffelsalat“ in der Gegenresolution der GL. Denn die Juso bringt ein zentrales Anliegen der SP auf den Tisch. Die Resolution verlangt, dass die Datenspeicherung nicht verlängert werden darf. Bereits die Sammlung dieser (und jeder) Daten ist ein Verstoß gegen das Grundrecht. Selbstverständlich müssen Straftaten verfolgt werden können, aber dies ist eine Ausnahme. Man kann diese Schnüffeldaten nicht kontrollieren. Man darf nicht so naiv sein, diesen Überwachungssystemen zu trauen. Die Resolution kommt zum richtigen Zeitpunkt und die Stimme der SP ist sehr wichtig, sie darf das Feld nicht den anderen überlassen. Die Rednerin empfiehlt die Annahme der Juso-Resolution.

Ursula Schneider Schüttel: Die Büpf Revision will nicht die Bevölkerung ausspionieren, sondern würde nur bei Verdacht auf schwerwiegende Straftaten eine Überwachung angeordnet werden dürfen. Zudem muss die Überwachung von der Staatsanwaltschaft angeordnet werden und durch ein Gericht genehmigt werden. Diese Überwachung ist nicht übergreifend. Wir müssen mit dem Fortschritt der Technologie mithalten. Die Eingriffe werden auf das absolut notwendige beschränkt. Die Rednerin unterstützt die GL Version und bittet diese anzunehmen.

Fabian Molina: Die Datenspeicherung widerspricht der Tradition der Menschenrechte. Die SP sollte hier nicht hinten anstehen. Wir verlangen eine Löschungspflicht nach der Sammlung der Daten, denn es ist ein Eingriff in die Grundrechte. Es braucht eine Streichung des Staatstrojaners. Der Bundesrat macht klar, dass wir nicht wissen, welche Auswirkungen der Staatstrojaner hat. Wir öffnen der Militär und Nachrichtendienst Tür und Tor. Es besteht ein Zusammenhang zwischen Büpfl und Nachrichtengesetz, es wird ein Zusammenspiel zwischen diesen beiden Systemen geben. Dadurch werden den Nachrichten noch mehr Kompetenzen zugetraut, was inakzeptabel ist. Wir dürfen auf neue Technologische Entwicklungen nicht mit noch mehr Überwachung reagieren. Deshalb fordert Fabian Molina den Antrag von der SP Appenzell Innerhoden unbedingt anzunehmen.

Géraldine Savary: niemand hier wünscht, dass wir und unser Leben dem Nachrichtendienst ausgeliefert wird, denn niemand will ausspioniert werden. Man soll die GL und Simonetta Sommaruga nicht zu „Schnüfflern“ machen mit einer solchen aggressiven Wortwahl. Es ist kein Staatsverbrechen und keine Grundrechtsverletzung, wenn die Daten gegen den Drogenhandel. Die Grundrechte werden auch noch mit dem Büpfl respektiert und das Opferrecht wird berücksichtigt. Sie bittet im Namen der GL zur Ablehnung des Antrags.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung der Resolution von Appenzell Innerhoden

Beschluss des ordentlichen Parteitags: die Resolution der Appenzell Innerhoden wurde mit 135 Stimmen zu 74 Stimmen und 7 Enthaltungen angenommen.

R-7 Resolution Geschäftsleitung „Kein Schnüffelstaat-Salat“

Diskussion

Empfehlung der Geschäftsleitung: **Ablehnung** und gleichzeitig Annahme des Resolution R-7

Beschluss des ordentlichen Parteitags: Die Resolution wurde akzeptiert

R-8 Resolution SP 60+ „Keine Rezepte von gestern für Probleme von heute. Gegen die Wiedereinführung des Saisonierstatuts“

Marianne de Mestral: im Namen der SP 60+ wehrt sie sich gegen die Umsetzung nach der Abstimmung vom 9. Februar 2014. Die Umsetzung kommt der Wiedereinführung des Saisonierstatus sehr nahe. Die Ecopop initiative wird ebenso konsequent abgelehnt. Wir lehnen alles Fremdenfeindliche ab und setzen uns für Arbeiterrechte und eine offene Schweiz ein.

Diskussion

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des ordentlichen Parteitags: Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

R-9 Resolution SP MigrantInnen „Aktionsplan SP MigrantInnen fortsetzen – Transnationalität von Wahllisten fördern“

Mustafa Attici erklärt das 35 Prozent aller Menschen in der Schweiz (auch) einen ausländischen Pass haben. Die Transnationalität und Mobilität ist hoch, spiegelt sich aber nicht in der politischen Realität wider. Auch in der SP sind Migrantinnen und Migranten untervertreten. Deshalb hat die SP die SP-MigrantInnen ins Leben gerufen. Mit diesem Aktionsplan soll diese Organisation weiter gestärkt werden. Gerade auch mit Blick auf die eidgenössischen Wahlen ist dies wichtig. Die Resolution darf kein Papiertiger bleiben, sonst werden wir in den nächsten Jahren viele Migrantinnen und Migranten verlieren. Die Sektionen und Kantonalparteien sind aufgerufen dieses Vorhaben zu unterstützen und mitzuhelfen.

Ihsan Kurt: Der Redner unterstützt die Resolution. Er kritisiert, dass ein grosser Teil der Menschen in diesem Land von der staatsbürgerlichen Teilnahme ausgeschlossen werden. Die Schweiz ist eine traditionsgeschwängerte Demokratie. Lange waren es die Frauen, die ausgeschlossen wurden. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es unsere Pflicht, die Migrantinnen und Migranten bei ihrem Kampf um das Wahlrecht auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene zu unterstützen

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des ordentlichen Parteitags: Die Resolution wird deutlich angenommen.

R-10 Resolution SP Genf „Nein zum Kauf von Militärmaterial aus Ländern, die das Völkerrecht verletzen – Nein zum Kauf von Elbit Systems-Drohnen für die Schweizer Armee“

Amanda Gavilanes: Solch zweifelhafte Geschäfte dürfen wir nicht tätigen. Diese Sicherheitspolitik würde die Bewegungsfreiheit in Frage stellen. Wir dürfen keine Waffen von Ländern kaufen, die die internationalen Menschenrechte und die Genfer Konventionen nicht respektieren.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des ordentlichen Parteitags: Diese Resolution wurde klar mit 3 Enthaltungen angenommen.

R-11 Resolution AG Parteiaussenpolitik „Den Druck zur Reform der Sozialistischen Internationale aufrechterhalten“

Cédric Wermuth: Innerhalb der sozialistischen Nationalen haben wir seit Jahren ein Problem. Die SP Die Führung der sozialistischen internationalen ist nicht transparent und vertretbar. 2012 ist eine solche Resolution in Kapstadt gescheitert. Die sozialistische Familie bricht auf dem Globus auseinander. Auf der einen Seite die bestehende SI auf der anderen Seite die progressive Alliance. Für die Schweiz ist diese Situation alles andere als angenehm. Daher schlägt der Redner vor, den bestehenden Kurs mit dieser Resolution weiter bei zuhalten.

Guilhem Kokot: Findet diese Resolution genial. Die sozialistische internationale hinkt und man hat keine Sicht mehr von Solidarität. Einige Mitglieder sind nicht mehr demokratisch ausgerichtet. So ist es schwierig zusammenzuarbeiten. Man muss jetzt eine klare Haltung annehmen und auf Distanz gehen. Wir müssen international ausgerichtet sein. Deshalb empfiehlt er die Annahme der Resolution.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des ordentlichen Parteitags: Die Resolution wird klar angenommen.

R-12 Resolution Brice Touilloux, Mitglied der SP Genf „Projekt Oltener Komitee 2018“

Brice Touilloux: Erzählt die Geschichte des Oltener Komitees. 2018 wird dieses Projekt den 100. Jahrestag feiern und deshalb soll diese Diskussion wieder belebt werden. Es soll ein Treffen in Olten stattfinden um diese 9 Punkte zu besprechen und neue Ideen zu sammeln.

Monika Wicki: Es sollen von Anfang an die richtigen Begriffe, also „Aktionskomitee 2018“ benutzt werden. Dies als Änderungsvorschlag. Zudem sollen nicht nur Ideen gesammelt, sondern auch Aktionen geplant werden. Zudem verweist sie auf das Jubiläum des Generalstreiks am 4. Und 5. Dez. in Zimmerwald.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des ordentlichen Parteitags: angenommen

12. Beitrag Solidar Suisse

Joachim März von Solidar Suisse stellt die Organisation Solidar Suisse vor und bezieht sich als Beispiel einer Kampagne auf die Fussball WM in Südafrika 2010 und in Brasilien 2014.

13. Varia / Schluss

